

## **Klausur Nr. 1**

### **Thema: Brauchen wir eine Neuausrichtung der Sozialpolitik?**

#### **Aufgabenstellung:**

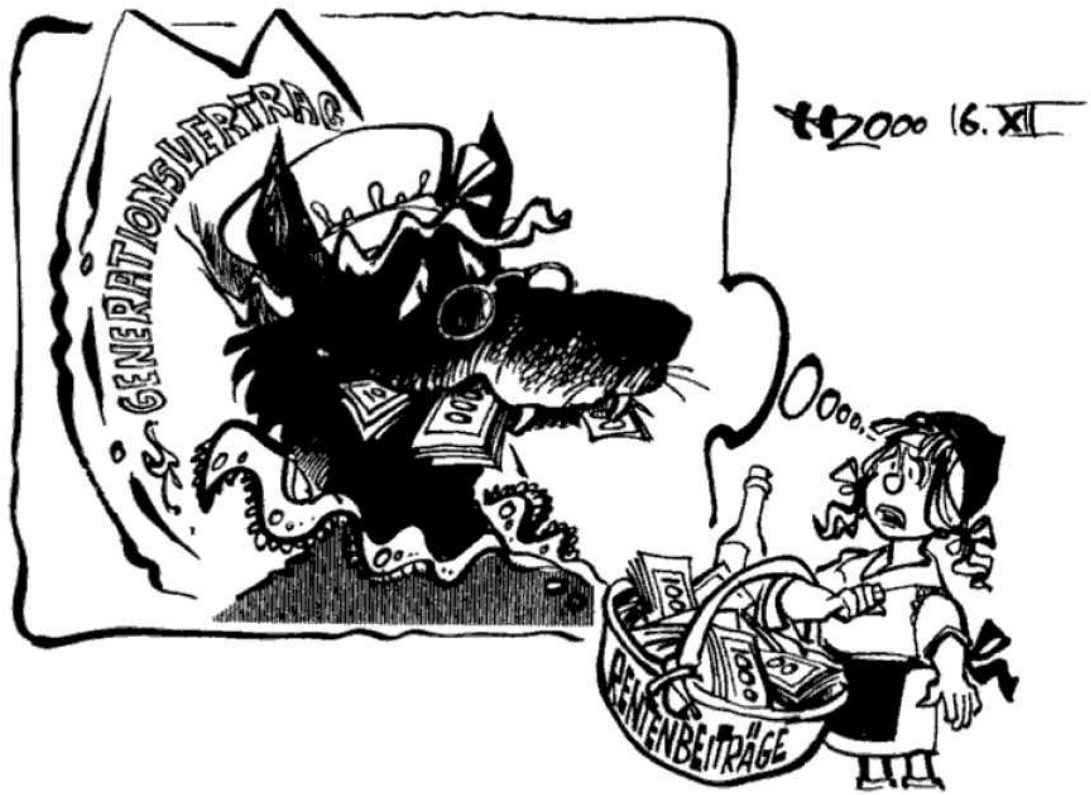
1. Werte die vorliegende Karikatur aus und erläutere vor dem Hintergrund Deiner Kenntnisse die Teilaspekte der Gesetzlichen Rentenversicherung, die in der Karikatur angesprochen bzw. angedeutet werden. *(24 Punkte)*
2. Analysiere die sozialpolitische Position von Peer Steinbrück<sup>1</sup>. Arbeite in diesem Zusammenhang auch Steinbrücks Verständnis von sozialer Gerechtigkeit heraus. *(31 Punkte)*
3. Erörtere je drei Vor- und Nachteile, die Steinbrücks Reformvorschläge für das Rentensystem mit sich bringen könnten. *(27 Punkte)*
4. Setze Dich mit Steinbrücks Auffassung von sozialer Gerechtigkeit kritisch auseinander. *(18 Punkte)*

Viel Glück und Erfolg!!

---

<sup>1</sup> Ministerpräsident von NRW von 2002 bis 2005; Bundesfinanzminister von 2005 bis 2009 in der Großen Koalition (SPD)

Karikatur von Horst Haitzinger



"Großmutter, warum lebst du so lange?"

**Etwas mehr Dynamik, bitte/DIE ZEIT vom 13.11.2003, S.18.**

**(Verfasser: Peer Steinbrück, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, SPD)**

(...) Unser Fundament hat Risse. In dem Schraubstock einer irreversiblen Globalisierung, zunehmender Überalterung unserer Gesellschaft, steigender Staatsschulden mit entsprechenden Zinslasten und einer schwachen Wachstumsdynamik funktioniert der Sozialstaat nicht mehr so, wie wir das gewöhnt sind. Noch so viele Kongresse, Demonstrationen, Empörungen und Abstrafungen bei Wahlen werden an einer simplen politischen Mathematik nichts ändern:

Weitreichende Reformen und der Umbau des Sozialstaates sind unvermeidlich, wenn

- das Verhältnis von Beitragszahlern zu Leistungsempfängern in der Renten-, Pflege- und Krankenversicherung immer ungünstiger wird
- die Rentenbezugszeiten weiter zunehmen
- die Spielräume der öffentlichen Haushalte immer geringer werden.

(...) Die Wahrheit ist: Wir brauchen mehr, aber auch eine anders verstandene soziale Gerechtigkeit, und wir brauchen dafür neue Ansätze. (...) Die beiden zentralen Hebel für die Beseitigung heutiger sozialer Ungerechtigkeiten sind erstens eine Verschiebung von sozial-konsumtiven zu sozialinvestiven Ausgaben und zweitens die Änderung der Finanzierungs-basis unserer Sozialsysteme. Soziale Gerechtigkeit bedeutet: Wir müssen die Anstrengungen für eine bessere Bildung für alle deutlich erhöhen, den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern und die Armutsquote senken.

Mit den sozialinvestiven Ausgaben müssen wir solche Ansätze in Deutschland stärken, die für die Zukunftsfähigkeit des Landes und die Zugangsgerechtigkeit maßgeblich sind. Eine Politik der sozialen Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft muss jedem und jeder die gleiche Chance gewähren, nach seinen und ihren Fähigkeiten ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Bildung ist das entscheidende Kriterium für beruflichen Erfolg und Einkommen. (...)

Mit der Agenda 2010 konsolidieren wir die sozialen Sicherungssysteme. In der Perspektive darüber hinaus müssen wir sie auf eine neue, zukunftsfeste Grundlage stellen, die der Altersstruktur der Bevölkerung und den langfristigen Tendenzen der Erwerbsarbeit Rechnung trägt. Dazu müssen wir die Finanzierung der sozialkonsumtiven Ausgaben, also der Renten und der Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Pflegebedürftigkeit, vom Beschäftigungssystem lösen. Die beiden Pfeiler des traditionellen Sozialstaats, die Regulierung des nationalen Arbeitsmarktes und das Normalarbeitsverhältnis, sind im Laufe des vergangenen

35 Vierteljahrhunderts unwiderruflich unterspült worden. Wer der Erwerbsarbeit auch künftig überwiegend die Finanzierung der sozialen Leistungen aufbürdet, entfernt sich von den Zielen der annähernden Vollbeschäftigung und der internationalen Konkurrenzfähigkeit und gefährdet die Grundlagen unseres Wohlstandes.

40 Auf längere Sicht sollte unser heutiges Versicherungsprinzip Schritt für Schritt durch den Aufbau eines staatlichen Leistungssystems ersetzt werden. Zu dessen Finanzierung müssten dann nicht nur die Beitragszahler, sondern alle Steuerzahler herangezogen werden. Entsprechend wären aber auch diese Leistungen für alle da. Dieses allmähliche Umsteuern von einem beitrags- zu einem steuerfinanzierten System würde die Lohnzusatzkosten erheblich senken und damit Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zugute kommen. Am Ende eines solchen Umsteuerungsprozesses könnte eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung stehen, die im Falle von Krankheit, Pflegebedürftigkeit, bei Arbeitslosigkeit und im Rentenfall verlässlich vor Armut schützt und Rechtsansprüche auf gesellschaftliche Teilhabe umfasst.

45 Die darüber hinausgehende Absicherung des Lebensstandards bedürfte dagegen einer zusätzlichen betrieblichen oder individuellen Vorsorge. Auch wenn es unpopulär ist: Kein verantwortungsbewusster Politiker kommt dabei um das Bekenntnis herum, dass die Bürger zukünftig mehr Geld von ihrem verfügbaren Einkommen für Gesundheit, Alter und Pflege werden ausgeben müssen.

50 Die Gleichheit der Lebenschancen verlangt den gleichen Zugang aller zu den gesellschaftlichen Grundgütern, die Voraussetzung für menschliche Würde und Selbstachtung sind. Das bedeutet zunächst: Wir müssen alles tun, um Armut zu vermeiden. Das System der sozialen, bedarfsgerechten Grundsicherung muss so ausgestaltet werden, dass es wirksam vor Armut schützt, aber gleichzeitig Anreize bietet, neue Arbeit aufzunehmen. Die Gesellschaft hat ein

55 Recht darauf, dass jeder das in seinen Kräften Stehende tut, um auf Leistungen der Allgemeinheit nicht angewiesen zu sein. (...) Der Sozialstaat der Zukunft ist für gleiche Lebenschancen, nicht aber für gleiche Ergebnisse verantwortlich. Unterschiede in Einkommen und Vermögen sind gerecht, solange sie auf eigener Leistung beruhen und Solidarbeiträge für die gesamte Gesellschaft, gerade auch für die am schlechtesten Gestellten, erbringen. Oberstes

60 Ziel einer Politik der sozialen Gerechtigkeit – auch in Anerkennung des Leistungsprinzips – bleibt es, dass jeder durch eigene Leistung und möglichst ohne fremde Hilfe sein Leben gestalten kann. (...) Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze

65 schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.